



Seite 27

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/92

21. April 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Verteilung der Arbeitsbeschaffungskredite	S.1
Finnland hat sich verschlechtert	S.3
Ostzonalles Mitbestimmungsrecht	S.5
Kriegsgefangene im Workuta-Gebiet	S.6
FDJ plant Kampftag im Westen	S.6

Arbeitsbeschaffung oder Wirtschaftshilfe?

Von Alfred Kubel (Niedersächsischer Arbeitsminister)

Das Arbeitsbeschaffungs-Sonderprogramm für die Flüchtlingsländer wurde in der Sondersitzung des Bundestages am 9. Februar von der Bundesregierung verkündet. 300 Mio DM sollten für Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt werden.

Der Bundesarbeitsminister, mit der Federführung betraut, erliess Richtlinien, nach denen die Länder ihre Vorschläge für den Ansatz

dieser Sonderhilfe aufstellen sollten. Sie gliederten sich in zwei Hauptteile:

Teil A - Mittel für wirtschaftsfördernde Massnahmen zur Erschließung neuer Dauerarbeitsplätze

Teil B - Zur Durchführung von schnell anlaufenden, besonders arbeitsintensiven öffentlichen Arbeiten.

Es stellte sich heraus, dass dieser Plan verkündet worden war, ehe die finanzielle Grundlage zu seiner Durchführung gesichert war.

Die Flüchtlingsländer warteten. Die Enttäuschung in diesen mit erwerbslosen Flüchtlingen übersäten Gebieten wuchs. Aber erst Mitte

April war es soweit, dass die Modalitäten für die Hergabe der Kredite festgelegt werden konnten. Als sie bekanntgegeben worden waren,

wurde klar, dass das ganze Theoretisieren über die Notwendig-

2/7/92

- 2 -

21.4.1950

keit, diese Mittel vorwiegend zur Errichtung von Dauerarbeitsplätzen einzusetzen, statt solche Massnahmen daraus zu finanzieren, wie sie Teil B als schnell anlaufende und besonders arbeitsintensive wünscht, kaum mehr als eine Spiegelfechterei war.

Die Mittel aus diesem "Arbeitsbeschaffungsprogramm" - ich nannte es bereits in der letzten Sitzung des Niedersächsischen Landtages ein "Programm zur Kredithilfe für die Wirtschaft" - kosten für die letzten Kreditnehmer 7 - 7 1/2 Prozent Zinsen, sie werden zum Teil mit einer Quote von nur 97 Prozent ausgezahlt und es sind bankmässige Sicherungen für diese Kredite erforderlich. Dort, wo diese bankmässigen Sicherungen - und das dürfte gerade bei Flüchtlingsbetrieben der Fall sein - nicht gegeben sind, können sie durch eine staatliche Bürgschaft ersetzt werden. Diese staatliche Bürgschaft kann jedoch nur bis zu 90 Prozent des Kreditrisikos gegeben werden, während 10 Prozent bei der Hausbank des Kreditnehmers als Risiko verbleiben, die gewiss nicht allzu freudig diese 10-Prozent-Risiken für Personalkredite gegenüber zumeist nicht eingeführten Firmen übernehmen wird. Ob und wie weit die betroffenen Länder selbst einen Teil der Zinslast übernehmen können, ist bei ihrer ausserordentlich angespannten Finanzlage zum mindesten sehr fraglich.

So geht aus der Art dieser Kreditbedingungen ganz klar hervor, dass sie im Grunde nur für den Einsatz in industriellen Unternehmen geeignet sind. Es wird nun nicht nur in Gewerkschaftskreisen der Verdacht laut, dass sich hier das Wirtschaftsressort des Bundes gegenüber dem Arbeitsressort durchgesetzt hat und aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Kreditinjektion in die Wirtschaft gemacht wird zur Linderung der kaum noch abzuleugnenden Deflationskrise. Das dürfte auch der Grund sein, warum etwa gegenüber den niedersächsischen Vorschlägen die Mittel für die gewerbliche Wirtschaft - lies Industrie - von 26.2 Mio auf 42 Mio DM heraufgesetzt wurden, während die vom Niedersächsischen Staatsministerium vorgesehenen Mittel für Forstarbeiten, für Arbeiten an Häfen und Wasserstrassen und für Arbeiten an Landstrassen erster Ordnung und kommunale Strassen von 18,5 Mio auf 5,2 Mio DM herabgesetzt wurden. Damit verzichtet man also im wesentlichen auf den Teil B, d.h. auf die Durchführung von schnell anlaufenden, besonders arbeitsintensiven öffentlichen Arbeiten.

Es sieht auf den ersten Blick sehr verlockend und weitsichtig aus, wenn man die knappen öffentlichen Mittel zur Schaffung der

fehlenden Dauerarbeitsplätze einsetzt. Aber es ist völlig falsch, die unter Teil B genannten Arbeiten, wie das immer wieder geschieht, als Notstandsarbeiten abzutun, die vor allem geleistet werden, um Menschen zu beschäftigen und nicht um volkswirtschaftlich wichtige Leistungen zu vollbringen. Es handelt sich weder bei Aufforstungsarbeiten, noch beim Strassenbau oder bei Küstenschutzarbeiten um "Notstandsarbeiten" in diesem Sinne, sondern durchaus um Arbeiten, die unter allen Umständen im öffentlichen Interesse schnell durchgeführt werden müssen. Auch will es uns einigermaßen widersinnig erscheinen, in einer Zeit so nachdrücklich von der Notwendigkeit neuer Dauerarbeitsplätze zu sprechen, in der es nicht entfernt gelingt, die vorhandenen Dauerarbeitsplätze produktiv auszunützen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: dieses erste Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sich auf die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Länder konzentrieren sollte, ist ein Fehlschlag. Das Tempo, mit dem es zum Anlaufen kommt, lässt darauf schliessen, dass die Bundesregierung immer noch keine klare Vorstellung hat, wie sie mit der Arbeitslosigkeit fertig werden will. Die Vorströmung des Bundesarbeitsministers auf ein im Herbst anlaufendes grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm kann man angesichts der gemachten Erfahrungen nur mit äusserster Skepsis verzeichnen.

- 0 - 0 -

Unerfreuliche Entwicklung in Finnland

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Die Tarifverhandlungen in Finnland zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind resultatlos abgebrochen worden. Die Frage der Gehälter der Staatsbeamten hat in der neuen bürgerlichen Regierungskoalition zu Differenzen geführt. Der der schwedischen Volkspartei zugehörige stellvertretende Finanzminister Meinander ist zurückgetreten. In diesen Tagen sind die Preise einer Reihe von Verbrauchswaren wie Tabak, Benzin, Zucker und Kaffee wesentlich erhöht worden. Der auf Karte zugeteilte Kaffee ist zwar um die Hälfte billiger, doch sind die zugeteilten Rationen ganz minimal.

Dazu drohen erhebliche Erhöhungen der Hausmieten sowie der direkten Steuern. Auch Brot und Milch sollen wesentliche Preiserhöhungen erfahren. Kurzum, die neue Bürgerblockregierung von Dr. Kekkonen hat seit den vier Wochen, da sie am Ruder ist, die innen-

fehlenden Dauerarbeitsplätze einsetzt. Aber es ist völlig falsch, die unter Teil B genannten Arbeiten, wie das immer wieder ge-

schieht, als Notstandsarbeiten abzutun, die vor allem geleistet werden, um Menschen zu beschäftigen und nicht um volkswirtschaft-

lich wichtige Leistungen zu vollbringen. Es handelt sich weder bei Aufforstungsarbeiten, noch beim Strassenbau oder bei Küstenschutz-

arbeiten um "Notstandsarbeiten" in diesem Sinne, sondern durchaus um Arbeiten, die unter allen Umständen im öffentlichen Interesse

schnell durchgeführt werden müssen. Auch will es uns einigermaßen widersinnig erscheinen, in einer Zeit so nachdrücklich von der

Notwendigkeit neuer Dauerarbeitsplätze zu sprechen, in der es nicht entfernt gelingt, die vorhandenen Dauerarbeitsplätze produktiv

auszunützen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: dieses erste Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sich auf die von der Arbeitslosigkeit aufs-

schwerste betroffenen Länder konzentrieren sollte, ist ein Fehlschlag. Das Tempo, mit dem es zum Anlaufen kommt, lässt darauf

schliessen, dass die Bundesregierung immer noch keine klare Vorstellung hat, wie sie mit der Arbeitslosigkeit fertig werden will.

Die Verstrüstung des Bundesarbeitsministers auf ein im Herbst anlaufendes grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm kann man ange-

sichts der gemachten Erfahrungen nur mit äusserster Skepsis verzeichnen.

- 5 - 0 -

Unerfreuliche Entwicklung in Finnland

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Die Tarifverhandlungen in Finnland zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind resultatlos abgebrochen worden. Die Frage

der Gehälter der Staatsbeamten hat in der neuen bürgerlichen Regierungskoalition zu Differenzen geführt. Der der schwedischen

Volkspartei zugehörnde stellvertretende Finanzminister Meinander ist zurückgetreten. In diesen Tagen sind die Preise einer Reihe

von Verbrauchswaren wie Tabak, Benzin, Zucker und Kaffee wesentlich erhöht worden. Der auf Karte zugeteilte Kaffee ist zwar um die

Hälfte billiger, doch sind die zugeteilten Rationen ganz minimal.

Dazu drohen erhebliche Erhöhungen der Hausmieten sowie der direkten Steuern. Auch Brot und Milch sollen wesentliche Preiser-

höhungen erfahren. Kurzum, die neue Bürgerblockregierung von Dr. Kekkonen hat seit den vier Wochen, da sie am Ruder ist, die innen-

politische Situation reichlich kompliziert und die ersten Risse in der neuen Regierung sind bereits sichtbar geworden.

Der frühere finnische Ministerpräsident Fagerholm, der nun wieder den Präsidentenstuhl in Finnlands Reichstag eingenommen hat, äusserte sich in diesen Tagen in einem dem norwegischen Regierungsorgan zur Verfügung gestellten Interview über die neue Regierung.

Einleitend gibt Fagerholm seiner persönlichen Meinung Ausdruck, dass es für die finnische Politik unklug war, eine bürgerliche Regierung unter Ausschluss der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die Praxis der neuen Regierung habe ihn in dieser, seiner Meinung, nur bestärkt. Wörtlich äusserte Fagerholm: "Die neue Regierung hat noch keinen Monat ihres Amtes gewaltet, aber in dieser kurzen Zeit so viele Dummheiten gemacht, dass in der Zukunft das schlimmste zu befürchten ist".

Am stärksten habe überrascht, dass die Regierung Preiserhöhungen vorgenommen habe, während sie noch in Verhandlungen über die Erhöhungen der Gehälter für die Staatsangestellten stehe und die Spannungen zwischen den Wünschen der Staatsangestellten und der Regierung keineswegs überwunden seien. Da überdies die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor etwa 14 Tagen resultatlos abgebrochen wurden, nehme er an, dass die Leitung der Gewerkschaften die gesamte Lage einer erneuten Prüfung unterziehen werde. Das Preisniveau sei seit Abbruch der Verhandlungen gestiegen und drohe weiter zu steigen. Dass es nun zu Lohnerhöhungen komme, halte er für ganz sicher. Damit aber werde im wesentlichen die Wirkung der Abwertung der finnischen Mark aufgehoben sein.

Fagerholm schliesst seine Äusserungen mit der Bemerkung, dass er recht bekümmert über die heutige Lage sei und dass die neue Regierung eine Zusammenarbeit fast unmöglich mache. Entgegen der Meinung von breiten Teilen der Partei, die der Überzeugung Ausdruck gegeben hatten, dass die neue Regierung bis zu den Reichstagswahlen im Juli 1951 am Ruder bleiben werde, halte er, nach dem was sich jetzt ereignet habe, eine solch lange Lebensdauer der Kekkonenregierung für sehr unwahrscheinlich.

"Mitbestimmung" im Osten - eine politische Perversion

Am 1. Mai wird das SED-Politbüro ein "Grundgesetz der Arbeit" in Kraft treten lassen. Das System uneingeschränkter staatskapitalistischer Ausbeutung wird damit in einem grossen Teil Deutschlands "staatsrechtlich" verankert; seinen sinnfälligen Ausdruck wird es in den von bezahlten Kontrolleuren und Spitzeln begleiteten und von Kommando-Lautsprechern gesteuerten Marschkolonnen finden, in denen verbitterte und hungrige Arbeiter zu den Plätzen der Maifeiern getrieben werden.

In hektischer Eile, aber doch noch zu spät, um diesmal mit üblichen Propagandatricks den westdeutschen Demokraten zuvorzukommen, wird der sowjetzonale Ministerpräsident Grotewohl das Gesetz ankündigen, in dem das "unbedingte Recht/der Arbeitenden" garantiert werde. Diesen Punkt glaubte Grotewohl besonders hervorheben zu müssen, da am 1. Mai in den Betriebsrätegesetzen zweier westdeutscher Länder (Hessen und Württemberg-Baden) das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der aus freier Wahl hervorgegangenen Betriebsräte bereits in Kraft sein wird.

Was sich indessen hinter der Scheinfassade "kommunistischer Mitbestimmung" verbirgt, ist jedem Arbeiter zumindest seit dem Verbot der Betriebsräte in der Sowjetzone klar geworden. Die von der SED bestellten Betriebs-Gewerkschaftsleitungen werden lediglich das Tempo und die Intensität der Auspowerung "mitbestimmen". Gemäss dem "Grundgesetz der Arbeit", das die Aktivistenbewegung zur "nationalen Aufgabe" erklärt, werden die "mitbestimmenden" FDGB-Funktionäre in "volkseigenen" und restlichen Privatbetrieben vortreffliche Antreiber - und Überwachungsarbeit leisten.

So wird wieder einmal in geradezu teuflischer Weise eine demokratische Forderung als Schlagwort missbraucht, um in Wahrheit zur Erreichung reaktionärster Ziele verwandt zu werden. Um solche politischen Perversionen abzuwehren, gibt es aber nur ein wirkungsvolles Mittel: die demokratischen Grundsätze in der freien Welt mit letzter Konsequenz durchzusetzen. Und das bedeutete in diesem Falle, dass in allen Ländern des westdeutschen Kernstaates das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ohne Verzug eingeführt würde.

Auch diese kriegsgefangenen verurteilten Männer und Frauen dürfen nicht vergessen werden

sp. Am 15.3.43 geriet der Flaksoldat Werner T. im Kessel von Denigorsk - Stara Rusza - in russische Kriegsgefangenschaft. Wegen angeblicher Sabotage wurde er bald verurteilt und aus einem Kriegsgefangenenlager im Südrural in das Strafgelände von Warkuta verlegt. Er war in dem Lager Kapitalschacht Warkuta mit acht Deutschen, im Lager 32 Koschwa/Petschowa mit sechs Deutschen und im Lager 44 Zemstroi Warkuta mit 1800 Deutschen zusammen.

Bei seiner Entlassung am 5. Oktober 1949 waren in dem Strafgelände Warkuta, einem Gebiet von mehreren 100.000 qkm, über 100 Straflager, darunter zahlreiche Lager mit deutschen zivilinternierten Männern und Frauen. So traf er z.B. in einem Frauenlager in Koschwa im Gebiet Petschowa zwei deutsche Nachrichtenhelferinnen und eine DRK-Schwester an, die bei der Kapitulation in Rumänien in russische Gefangenschaft gerieten und wegen angeblicher Spionage zu 10 und 15 Jahren Straflager verurteilt waren.

Bis etwa Juni 1949 waren die bestraftendeutschen Kriegsgefangenen verteilt mit russischen Strafgefangenen und Strafgefangenen anderer Nationalität im gleichen Lager zusammen. Erst Anfang Juli hat man die deutschen Kriegsgefangenen in besonderen Lagern mit ungarischen, rumänischen und japanischen Kriegsgefangenen untergebracht.

- o - o -

Nachrichten aus der Ostzone.

In der Sowjetzone wird eine neue Werbeaktion für die FDJ in die Wege geleitet. Man bedient sich folgenden Schreibens an die Eltern bzw. die gesetzlichen Vertreter der Schulkinder:

Bitte beantworten Sie uns die folgenden Fragen!
Sind Sie damit einverstanden, dass Ihr...Sohn/Tochter in die Freie Deutsche Jugend (FDJ) aufgenommen wird?
Ja/Nein
Wenn nein, warum nicht?.....
Gehören Sie einer politischen Partei an? Welcher?
Waren Sie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen?
Arbeiten Sie im Westsektor Berlins?..... Bei wem?.....
Wenn ja, wieviel Westgeld erhalten Sie?.....DM West

-nn

FDJ plant für "Tag des Kindes".

sp. In Mecklenburg hat der Landesvorstand der FDJ Anweisung gegeben, den "Tag des Kindes" vorzubereiten, der am 1. Juni gefeiert werden soll. Durch eine Briefaktion nach dem Westen sollen Jugendgruppen und Schulklassen aus der Sowjetzone mit Jugendlichen und Schulklassen in den Westzonen in Verbindung treten. In der Anweisung heisst es: der Tag des Kindes bedeute für die jungen Pioniere in der sowjetischen Besatzungszone einen Tag der Freude, im Westen aber werde es ein Kampftag und ein Tag der Demonstrationen vor den Landtagen und dem Bundestag sein.

- - -